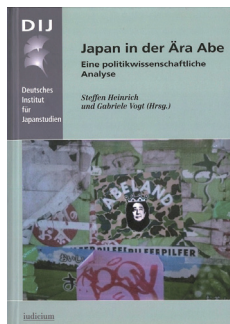


# Buchbesprechung I



Steffen Heinrich und Gabriele Vogt (Hrsg.):

*Japan in der Ära Abe –*

*Eine politikwissenschaftliche Analyse*

Monographien aus dem Deutschen Institut für

Japanstudien, Band 60, Indicium Verlag, München, 2017,

291 S. ISBN: 978-3-86205-048-2

Steffen Heinrich und Gabriele Vogt erläutern in ihrer politikwissenschaftlichen Analyse zusammen mit ihren zehn Co-AutorInnen, wie es Abe gelang, seine Macht trotz seiner zahlreichen umstrittenen politischen Positionen derart zu festigen, wie er seine Macht einsetzt, wie viele Veränderungen

er wirklich durchsetzt und ob es ihm gelingt, eine eigene Ära zu prägen. Dabei werden vor allem fünf Leitfragen beleuchtet: Wie lässt sich erklären, dass Abe hohe Unterstützungswerte erreicht, obwohl er in vielen Fragen im Widerspruch zum politischen Mainstream zu stehen scheint? Wie stark sind Gegenbewegungen und wie entfalten sie Einfluss in einem System, in dem die Opposition nur über schwache parlamentarische Präsentation verfügt? Inwieweit signalisiert Abes Politprogramm eine Abkehr vom traditionellen Klientelismus der LPD und eine Hinwendung zur Programmatik einer modernen Medienpartei? Was bedeutet „Abonomics“ in einzelnen Politikbereichen und welche Herausforderungen zeigen sich bei der Umsetzung? Und schließlich: Wie weitgehend sind die Änderungen, die sich durch neue Sicherheitsgesetze, außenpolitische Initiativen und Japans Internationalisierung ergeben?

Besonders aktuell sind die beiden von den Herausgebern verfassten Kapitel zur Zuwanderung und zu Abes arbeitsmarktpolitischen Strukturreformen. Sie regen zu einem Vergleich mit den derzeitigen lebhaften Auseinandersetzungen in Deutschland und Europa an. Gabriele Vogt, Professorin für Politik und Gesellschaft Japans an der Universität Hamburg mit den Forschungsschwerpunkten Migration und Demographie, beschäftigt sich mit der Zuwanderung in Japan als Instrument der Entwicklungs- und Handelspolitik. Nach einer Bestandsaufnahme von Japans Zuwandererbevolkerung und Zuwanderungspolitik beschreibt Vogt im zweiten Teil ihres Beitrags die neuesten Reforminitiativen der Administration von Shinzō Abe. Nachdem Abes Chefkabinettssekretär Yoshihide Suga im April 2016 erklärte, dass Abe die Aufnahme von ausländischen Arbeitskräften als wichtiges Thema für die Regierung sehe, ist offen, ob unter Abe tatsächlich eine größere Reform der Zuwanderungspolitik zu erwarten ist. Bisher werden, wie Vogt schreibt, unter dem Deckmantel von Entwicklungszusammenarbeit und Freihandelsabkommen nur zaghafte zuwanderungspolitische Initiativen verfolgt, wobei vor allem die Zuwanderung von Pflegekräften analysiert wird, weil in

der Kranken- und Altenpflege schon jetzt Arbeitskräftemangel besteht, der sich weiter verschärfen wird. Die Übersicht zu Japans Zuwanderern zeigt deutlich die große Differenz zwischen politischem Anspruch und politischer Realität. Anschließend analysiert Vogt die zuwanderungspolitischen Initiativen unter Abe. Dabei wird die Agenda „Japan ist zurück“ ebenso behandelt wie das internationale Praktikantenprogramm und der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Freihandel. Japans zuwanderungspolitischer Grundsatz lautet – wie Vogt ausführt – nach wie vor, dass Japan lediglich die Zuwanderung von Hochqualifizierten und Zuwanderung auf temporärer Basis zulässt. Die Statistik zeigt aber, dass nicht einmal ein Fünftel der Zuwanderer zu den Hochqualifizierten zählen und nahezu zwei Drittel langfristig in Japan bleiben. Der japanische Weg in der Zuwanderungspolitik bleibt widersprüchlich.

Steffen Heinrich, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Japanstudien (DIJ) in Tokyo mit den Forschungsschwerpunkten Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und Arbeitsmarktpolitik, analysiert Abes arbeitsmarktpolitische Strukturreformen in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit in Japan. Auch die arbeitsmarktpolitische Strategie ist widersprüchlich. Eine der ersten erfolgreich durchgesetzten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beinhaltet eine weitere Liberalisierung des Leiharbeitssektors. Arbeitsmarktpolitik gehört, wie Heinrich ausführt, zu den Politikfeldern, bei denen sich die Veränderungen in den politischen Entscheidungsprozessen in Japan deutlich zeigen. Besonders beschäftigt Heinrich das wachsende Unbehagen über soziale Ungleichheit und zunehmende Politisierung der Arbeitsmarktpolitik in Japan. Der jüngste Schwenk in der japanischen Arbeitsmarktpolitik, der sich in der Erhöhung des Mindestlohns und der Einführung des Equal Pay Prinzips andeutet, könnte allerdings – so Heinrich – bedeuten, dass sich die Distanz zwischen den Interessen der Wähler und der Position der Regierung künftig verringert.

In ihrer Schlussbilanz stellen Vogt und Heinrich zu Recht fest, dass die Beiträge in diesem Band nur Schlaglichter auf die noch andauernde Regierungszeit Abes werfen können. Sie ermöglichen aber wichtige Einblicke in die Struktur von Abes Politik und seinen Politikstil. Seit seiner zweiten Amtszeit nähert sich Abe zunehmend dem britischen Westminster-System vor allem im Hinblick auf die herausragende Stellung des Premierministers und des Kabinetts in der Politikformulierung. Abschließend stellen die Herausgeber Vogt und Heinrich fest, dass vielleicht die größte Errungenschaft der Regierungszeit von Abe darin besteht, dass auch im notorisch instabilen Regierungssystem Japans mit 26 Premierministern seit 1945 eine Regierung auch über mehrere Legislaturperioden Bestand haben kann. Es bleibt spannend, ob Abe diese für Japan außergewöhnliche Situation nutzen kann, um Japans Politik auch inhaltlich nachhaltig zu prägen. Dieser lesenswerte sechzigste Band der Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien ist für jeden, der sich mit der gegenwärtigen Entwicklung Japans beschäftigen will, eine Fundgrube.

*Dr. Edgar Franz, Promotion an der Tohoku University, Sendai.  
Seit 2009 Associate Professor für Europäische Kultur und Geschichte  
an der Kobe City University of Foreign Studies.*